

Blick- punkt

Nr. 15 | Oktober 2024

iparl

Institut für
Parlamentarismus-
forschung

Aus dem Westen importiert? Wahlbewerber in Ost- und Westdeutschland im Vergleich

Daniel Hellmann

In den Landtagswahlkämpfen in Brandenburg, Sachsen und Thüringen spielte unter anderem auch die Ostidentität eine Rolle. Wie Studien zeigen, bekleiden Ostdeutsche gemessen an ihrem Bevölkerungsanteil nur wenige Führungspositionen – auch in den neuen Bundesländern selbst. Ob dies auch für die zur Wahl stehenden Kandidaten gilt, untersucht dieser Blickpunkt. Sind Ostdeutsche unter den Kandidaten unter dem Blickwinkel proportionaler Vertretung – also deskriptiv – über- oder unterrepräsentiert? Wie hat sich dies über die Zeit entwickelt? Und spiegelt sich die Zuschreibung „Ostpartei“ auch im Kandidatenportfolio wider? _____

Fremd im eigenen Land?

Die Mauer ist, auch wenn sie bereits vor mehr als 30 Jahren physisch gefallen ist, bis heute auf Landkarten sichtbar. So unterscheiden sich die Wahlergebnisse in Ost und West stark. Während im Osten die AfD in vielen Landkreisen bei den letzten Wahlen zum Europäischen Parlament die stärkste Partei war, dominierte im Westen die CDU. Aber auch an Kennzahlen wie Arbeitslosigkeit, gleichem Lohn für gleiche Arbeit (Gender Pay-Gap) und Kinderbetreuungszahlen¹ lässt sich die frühere Mauer noch erahnen. Damit einher gehen Studien wie der Deutschland-Monitor, die aufzeigen, dass die demokratischen Institutionen in Ostdeutschland weniger Vertrauen genießen² und populistische³ und extremistische⁴ Einstellungen dort verbreiteter sind.⁵ Diese Unterschiede werden oft mit der Andersartigkeit des Ostens begründet.⁶ Der „Westen“ dient dabei als „negative Kontrastfolie“⁷, vor der diese Identität formuliert wird: Ohne Westdeutschland als Referenzpunkt gibt es kein ostdeutsches Selbstverständnis. Als ein Grund für die Unterschiedlichkeit zwischen Ost und West wird u.a. eine kollektive Deprivationserfahrung angeführt.⁸ Der schnelle Niedergang der ostdeutschen Industrie, die Bevölkerungsabwanderung insbesondere der jüngeren Generation und der Zerfall der Infrastruktur vor allem im ländlichen Raum sowie in den ehemaligen Industriezentren sind demnach Triebkräfte dieses Gefühls, abgehängt zu sein.

Ein weiterer Bestandteil der wahrgenommenen Benachteiligung ist der Elitentransfer von West nach Ost im Zuge der Wiedervereinigung. Das Institutionensystem der alten Bundesländer wurde, mit wenigen Anpassungen, auf die neuen Bundesländer übertragen, inklusive der Führungseliten in Wirtschaft, Kultur, Gesellschaft und Politik. Dieser Transfer der Eliten erschien unmittelbar nach der Wende folgerichtig, wollte man doch die alten SED-Kader nicht in den Führungspositionen belassen. Zugleich konnte man noch nicht auf eine neue ostdeutsche Elite mit hinreichender Erfahrung und Ausbildung zurückgreifen. Angehörige der alten Elite kamen wegen ihrer ideologischen Prägung meist nicht infrage. Entsprechend wurde die „Kolonisierung der DDR“⁹ zunächst gar erwartet¹⁰ und nur als vorübergehendes

¹ Patrick Bernau, So ungleich sind wir gar nicht, in: FAZ.NET, <https://www.faz.net/aktuell/politik/25-jahre-deutscheinheit/ost-und-west-25-jahre-in-25-grafiken-13252046.html>. Jg. (Abruf am 8. Juli 2024).

² Vgl. Deutschland-Monitor 2023. Gesellschaftliche und politische Einstellungen Themenschwerpunkt: Stadt und Land, Berlin / Halle / Jena / Mannheim 2023, S. 132.

³ Vgl. ebenda, S. 156.

⁴ Vgl. Sabine Achour / Wilhelm Berghan / Hannes Dello / Alexander Häusler / Nora Rebekka Krott / Pia Lamberty / Souad Lamroubal / Astrid Mayerböck / Nico Mokros / Michael Papendick / Jonas H. Rees / Yann Rees / Klaus Michael Reininger / Fritz Reusswig / Maïke Rump, Die geforderte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2020/21, Bonn 2021, S. 118.

⁵ Siehe Johannes Kiess / Aylina Heller / Julia Schuler / Elmar Brähler, Die Leipziger Autoritarismus Studie 2022: Methode, Ergebnisse und Langzeitverlauf, in: Oliver Decker / Johannes Kiess / Aylina Heller / Elmar Brähler (Hrsg.), Autoritäre Dynamiken in unsicheren Zeiten. Leipziger Autoritarismusstudie 2022, Gießen 2022.

⁶ Vgl. Manfred Rolfes, Der „Osten“ ist anders!? Anmerkungen zu den Diskursen über die politischen Einstellungen in Ostdeutschland, in: Sören Becker / Matthias Naumann (Hrsg.), Regionalentwicklung in Ostdeutschland: Dynamiken, Perspektiven und der Beitrag der Humangeographie, Berlin / Heidelberg 2020, S. 19 – 30, S. 24 – 26.

⁷ Jaqueline Flack, Zwischen Anrufung und Subjektivierung: Diskursive und narrative Praxen ostdeutscher Identitätskonstruktionen nach 1989 am Beispiel der Wendegeneration, in: Adriana Lettrari / Christian Nestler / Nadja Troi-Boeck (Hrsg.), Die Generation der Wendekinder: Elaboration eines Forschungsfeldes, Wiesbaden 2016, S. 55 – 69, S. 67.

⁸ Heinrich Best, Trends und Ursachen des Rechtsextremismus in Ostdeutschland, in: Wolfgang Frindte / Daniel Geschke / Nicole Haußbecker / Franziska Schmidtke (Hrsg.), Rechtsextremismus und „Nationalsozialistischer Untergrund“: Interdisziplinäre Debatten, Befunde und Bilanzen, Wiesbaden 2016, S. 119 – 130, S. 120.

⁹ Kolonialisierung der DDR. Kritische Analysen und Alternativen des Einigungsprozesses, Münster 1996.

¹⁰ Vgl. Christian Welzel, Rekrutierung und Sozialisation der ostdeutschen Elite. Aufstieg einer demokratischen Gegenelite?, in: Wilhelm P. Bürklin / Hilke Rebenstorf (Hrsg.), Eliten in Deutschland. Rekrutierung und Integration, Leverkusen 1997, S. 201.

Phänomen wahrgenommen, das sich mit der Zeit von selbst „auswachsen“ werde.¹¹ Wie jedoch Studien des Elitenmonitors der Universität Leipzig zeigen, ging diese Erwartung fehl. In nahezu allen Sektoren – wobei die Politik eine Ausnahme darstellt¹² – dominieren nach wie vor westdeutsch sozialisierte Führungspersonen.¹³ Dies ist nicht nur vor dem Hintergrund der gefühlten Benachteiligung relevant, sondern auch, weil die Gefahr besteht, dass ostdeutsche Perspektiven so gesellschaftlich nicht hinreichend berücksichtigt werden.¹⁴ Der Ost-Beauftragte der Bundesregierung Carsten Schneider spricht in diesem Zusammenhang von „Gift für die Demokratie und die Akzeptanz unseres Rechtsstaates“¹⁵.

Die Ergebnisse des Leipziger Elitenmonitors beziehen im Subsektor Legislative lediglich Personen mit ein, die ausgewählte Positionen innerhalb der Parlamente in Bund und Ländern (beispielsweise Ausschussvorsitzende und Parlamentspräsidenten) bekleiden.¹⁶ Das Projekt „Ostdeutsche Eliten. Träume, Wirklichkeiten und Perspektiven“ hatte 2017 alle Abgeordneten berücksichtigt.¹⁷ Diese Studie konstatierte u.a., dass Ostdeutsche nicht gemäß ihres Bevölkerungsanteils in den Parlamenten vertreten sind.¹⁸ Dies bedeutet nicht zwangsläufig, dass sie unterrepräsentiert sind, denn ohne jeden Zweifel können auch westdeutsche Abgeordnete die Interessen ostdeutscher Bürger vertreten.¹⁹ Allerdings besteht die Gefahr, dass Ostdeutsche sich und ihre Biografien nicht in den Parlamenten vertreten sehen und so das Gefühl der Benachteiligung verstärkt wird. Wie aber sieht es auf dem Wahlzettel aus? Wer stellt sich der Bevölkerung zur Wahl? Haben, zugespitzt formuliert, die ostdeutschen Wähler nur die Auswahl zwischen westdeutschen Kandidaten für „ihre“ Parlamentsmandate? Antworten darauf kann eine Analyse auf der Grundlage der Daten des CandiData-Projekts des IParl liefern.

11 Vgl. Raj Kollmorgen, Eliten in Ostdeutschland. Repräsentationsdefizit und Entfremdung der Ostdeutschen?, in: Sören Becker / Matthias Naumann (Hrsg.), Regionalentwicklung in Ostdeutschland: Dynamiken, Perspektiven und der Beitrag der Humangeographie, Berlin / Heidelberg 2020, S. 31 – 42, S. 32.

12 Vgl. ebenda, S. 34.

13 Volker Brandy / Raj Kollmorgen / Astrid Lorenz / Linus Pæth / Jan Schaller / Lars Vogel, Mehr Ostdeutsche in Führungspositionen! – Bundeskonzept und Zwischenergebnisse des Elitenmonitors, in: Der Beauftragte der Bundesregierung für Ostdeutschland (Hrsg.), Zum Stand der Deutschen Einheit. Bericht der Bundesregierung 2023, 2023, Paderborn, S. 23 – 38; siehe auch Raj Kollmorgen, Außenseiter der Macht. Ostdeutsche in den bundesdeutschen Eliten, in: Ulrich Busch / Michael Thomas (Hrsg.), Ein Vierteljahrhundert Deutsche Einheit. Facetten einer unvollendeten Integration, Berlin 2015, S. 189 – 220. Erst kürzlich wurden aktualisierte Ergebnisse des Projekts veröffentlicht: Kerstin Bund, Wieso ist fast jeder Chef ein Wessi – immer noch?, in: SZ vom 11. August 2024, S. 23; Raj Kollmorgen / Jan Schaller, Zur Unterrepräsentation Ostdeutscher in den Eliten, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 74. Jg. (2024), H. 33–35, S. 15 – 22.

14 Vgl. Volker Brandy / Raj Kollmorgen / Astrid Lorenz / Linus Pæth / Jan Schaller / Lars Vogel, a.a.O. (Fn. 13), S. 28. Beispiele lassen sich hier zahlreich finden, etwa die Wahrnehmung des Länderfinanzausgleichs, die unterschiedlichen Startbedingungen hinsichtlich der Diskussion einer Erbschaftssteuer oder die Selbstverständlichkeit der gleichzeitigen Berufstätigkeit beider Elternteile.

15 MDR Data, Nicht mal jede zweite Führungskraft stammt aus dem Osten, in: MDR vom 19. Juni 2023, <https://www.mdr.de/nachrichten/deutschland/politik/ostdeutsche-fuehrungskraefte-ministerien-kritik-ostbeauftragter-100.html>. Jg. (Abruf am 6. Juni 2024).

16 Vgl. Lars Vogel / Volker Brandy / Katharina Heger, Die Positionsauswahl der Leipziger Elitendatenbank – Sample Report 2023, S. 4 f.

17 Deutsche Gesellschaft e.V., Ostdeutsche Eliten. Träume, Wirklichkeiten und Perspektiven, Berlin 2017.

18 Vgl. Ronald Gebauer, Vorstellung der Forschungsergebnisse, in: Deutsche Gesellschaft e.V. (Hrsg.), Ostdeutsche Eliten. Träume, Wirklichkeiten und Perspektiven, Berlin 2017, S. 33 – 37, S. 35 f. Zu ähnlichen Schlüssen kommt auch Melanie Kintz, Doppelquoten – ein Vorteil für ostdeutsche Parlamentarierinnen?, in: ZParl, 43. Jg. (2012), H. 4, S. 738 – 753, S. 752.

19 Zur Unterscheidung deskriptiver und substantieller Repräsentation siehe generell Hanna Fenichel Pitkin, The Concept of Representation, Berkeley 1972.

Wer ist „ostdeutsch“?

Das CandiData-Projekt umfasst alle Kandidaten bei Wahlen zu den Landesparlamenten, dem Bundestag und zum Europäischen Parlament.²⁰ Aktuell beinhaltet der Datensatz 44 Wahlen seit 2013 mit über 32.000 Wahlbewerbern. Erfasst werden alle üblicherweise auf dem Wahlzettel abgedruckten Angaben zur Person, wie Name, Beruf, Wohnort, Geburtsjahr und Geburtsort. Insbesondere letzterer ist für diese Studie relevant, da der Geburtsort Aufschluss darüber geben kann, ob jemand als ostdeutsch zählt oder nicht. Ostdeutsch ist – im Rahmen dieser Analyse²¹ – wer in Ostdeutschland geboren wurde.²² Ähnlich, wenn auch deutlich detaillierter wird dies durch den Leipziger Elitenmonitor definiert. Dort gelten alle Personen als ostdeutsch, die: „[...] in der DDR geboren wurden und dort mindestens bis zum 14. Lebensjahr aufgewachsen sind, sowie alle nach dem 3. Oktober 1990 in den neuen Bundesländern und Ostberlin geborenen und/oder im Wesentlichen dort aufgewachsenen Personen mit Eltern, die 1989 Bürger der DDR waren“²³. Eine derartig detaillierte Erfassung ist leider aufgrund der begrenzten Bekanntheit der weit überwiegenden Mehrheit der Wahlbewerber und der damit beschränkten Verfügbarkeit biografischer Daten für diese Analyse nicht möglich. Der Geburtsort stellt dennoch eine gute Annäherung an die Zuschreibung „ostdeutsch“ dar, ist allerdings keineswegs fehlerfrei. Der ehemalige FDP-Minister Hans-Dietrich Genscher beispielsweise wurde 1927 in Reideburg bei Halle in Sachsen-Anhalt geboren, zog 1952 allerdings nach West-Berlin und machte fortan in der BRD Karriere. Genscher eine ostdeutsche Prägung zu unterstellen, würde damit am Kern der oben angesprochenen DDR-Vergangenheit und Deprivationserfahrung vorbeigehen. Daher wurde, ergänzend zum Kriterium „in Ostdeutschland geboren“ nach Geburtsjahrgängen unterschieden. Für die Jahrgänge ab 1949, spätestens aber ab dem Mauerbau 1961, bis 1990, ist mit einiger Gewissheit davon auszugehen, dass die Person in Ostdeutschland aufgewachsen ist. Für die anderen Altersgruppen ist diese Interpretation zwar nicht zu verwerfen, aber dennoch weniger gewiss.

Regionale Herkunft bei Wahlen in Ost und West

Wendet man diese Typologisierung auf alle bei einer Wahl antretenden Personen an, so ergibt sich die Verteilung, die Abbildung 1 zu entnehmen ist. Die Grafik zeigt, wie über den zehnjährigen Erhebungszeitraum die Generation der vor 1949 Geborenen aus dem Kandidatenpool verschwindet und die Zahl der Bewerber, die nach 1990 auf die Welt gekommen sind, zunimmt. Ebenso spiegelt sich der geringere Bevölkerungsanteil nicht in Deutschland Geborener im Osten mit je ein bis zwei Prozent, verglichen mit fünf bis acht Prozent im Westen, wider. Bemerkenswerterweise zeigt die Abbildung aber auch die Anteilsunterschiede zwischen Ost und West hinsichtlich der innerdeutschen regionalen Herkunft. Während für Wahlen in den alten Bundesländern²⁴ ein bis fünf Prozent der Bewerber im Osten geboren wurden, sind es im Osten 15 bis 20 Prozent. Dort bewarben sich damit anteilig deutlich mehr Bewerber, die im Westen geboren wurden, als im Osten Geborene sich im Westen bewarben.

²⁰ Siehe zum CandiData-Projekt auch Blickpunkt Nr. 9 „Kein Anzeichen von Niedergang. Die personelle Erneuerung der Parteien bei der Kandidatenaufstellung zu Bundes- und Landtagswahlen“ von Daniel Hellmann und Danny Schindler.

²¹ Lars Vogel, (How) Perceived Descriptive Underrepresentation Decreases Political Support: The Case of East Germans, in: German Politics, 32. Jg. (2023), H. 1, S. 169 – 190.

²² Da in der Angabe des Geburtsortes fast durchgängig nicht zwischen Ost- und Westberlin unterschieden, sondern „Berlin“ angegeben wurde, wird Berlin in den folgenden Ausführungen separat gelistet.

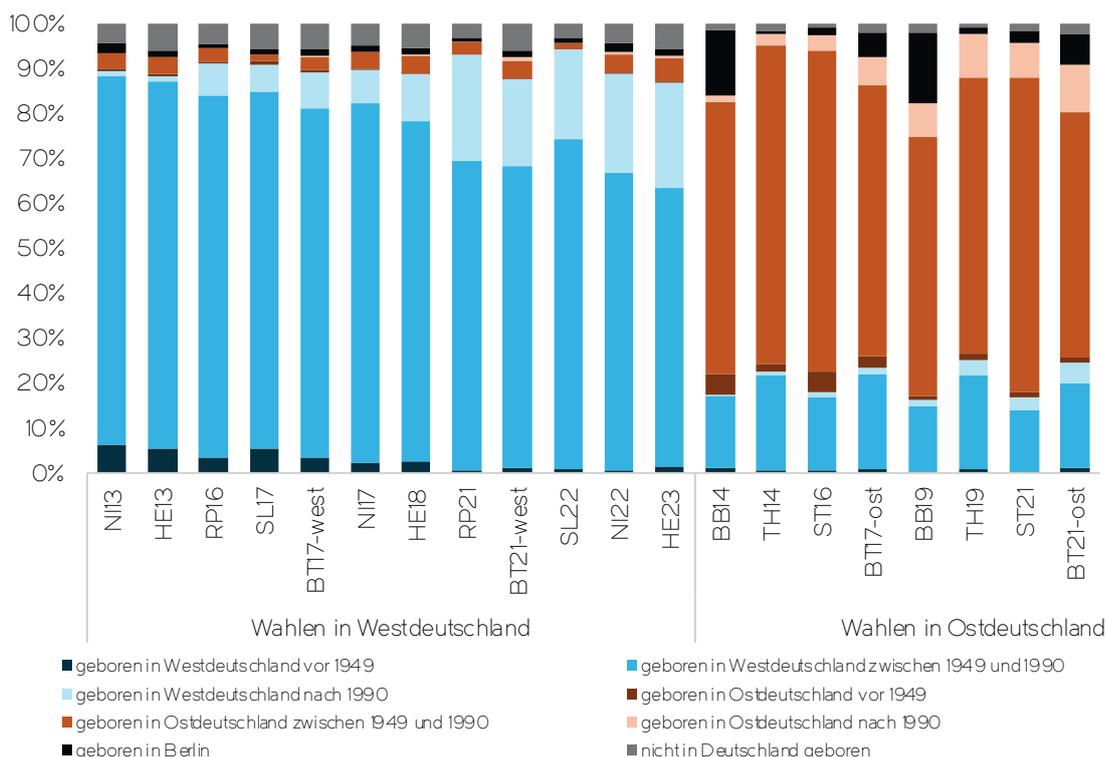
²³ Raj Kollmorgen, a.a.O. (Fn. 1), S. 33.

²⁴ Die beiden im Erhebungszeitraum abgehaltenen Bundestagswahlen 2017 und 2021 wurden zum Zweck dieser Analyse nach Ost und West unterteilt.

5 Aus dem Westen importiert? Wahlbewerber in Ost- und Westdeutschland im Vergleich

Dies mag auf den ersten Blick zunächst vor allem vor dem Hintergrund überraschen, dass nach der Wende viele junge, oft gut ausgebildete Menschen die ehemalige DDR Richtung Westen verlassen haben. Insgesamt waren es zwischen 1991 und 2019 3,86 Millionen Menschen; 2,63 Millionen wanderten in die andere Richtung.²⁵ Legt man diese Zahlen zugrunde, so sind 21 Prozent der in Ostdeutschland lebenden Personen Westdeutsche, und etwa sechs Prozent der in Westdeutschland Lebenden sind Ostdeutsche.²⁶ Nach Schätzungen des Statistischen Bundesamtes liegt der Anteil der in Ostdeutschland Geborenen an der ostdeutschen Wohnbevölkerung zwischen 63,2 und 84,5 Prozent.²⁷ Andere Schätzungen sehen die Anteilswerte bei 85²⁸ und 87 Prozent²⁹. Die Unterschiedlichkeit dieser Werte verdeutlicht, dass es sich mehr um Näherungswerte denn exakte Messungen handelt, aber sie helfen, die Befunde aus Abbildung 1 zu kontextualisieren. Zwar treten zu Wahlen in den neuen Bundesländern mehr Personen an, die im Westen der Republik geboren wurden, aber diese Personengruppe macht, trotz negativer Binnenwanderungsstatistik, einen größeren Anteil an der Gesamtbevölkerung dieser Länder aus. Insgesamt kann man – mit einiger Varianz und Rücksicht auf die begrenzte Belastbarkeit dieser Zahlen – sogar schließen, dass im Gesamtpool der Kandidaten Ost- und Westgeborene der jeweiligen Bevölkerungsstruktur entsprechend vertreten sind.

Abbildung 1: Kandidaten bei Wahlen zu den Landtagen und dem Bundestag seit 2013 nach Geburtsregion in Ost- und Westdeutschland



Anmerkung: Die Länderkürzel entsprechen dem ISO-Code 3166-2. Die darauffolgenden Zahlen beschreiben das jeweilige Wahljahr. BT steht für Bundestagswahlen. Quelle: IParl-Projekt CandiData.

²⁵ Antwort auf die Schriftliche Frage der Abgeordneten Sabine Zimmermann, 10. März 2021, BT-Drs. 19/27531.

²⁶ Vgl. Lars Vogel, Regionale Verankerung und Mobilität von Eliten in Deutschland. Eine Erklärung für die Unterrepräsentation der Ostdeutschen?, in: Lars Vogel / Astrid Lorenz / Rebecca Pates (Hrsg.), Ostdeutschland: Identität, Lebenswelt oder politische Erfindung?, Wiesbaden 2024, S. 237 – 261, S. 245; Lars Vogel, Ausmaß und Persistenz personeller Unterrepräsentation in den Eliten Deutschlands, in: Raj Kollmorgen / Lars Vogel / Sabrina Zajak (Hrsg.), Ferne Eliten: Die Unterrepräsentation von Ostdeutschen und Menschen mit Migrationshintergrund, Wiesbaden 2024, S. 107 – 148, S. 115.

²⁷ In Ermangelung einer klaren Definition der Kategorisierung ost- bzw. westdeutsch (siehe Abschnitt ‚Wer ist ‚ostdeutsch‘?‘) gibt es keine verlässlichen Statistiken über diese Bezugsgrößen. Kollmorgen argumentiert daher ähnlich auf der Grundlage der kumulierten Wanderungszahlen; siehe Raj Kollmorgen, a.a.O. (Fn. 11), S. 35.

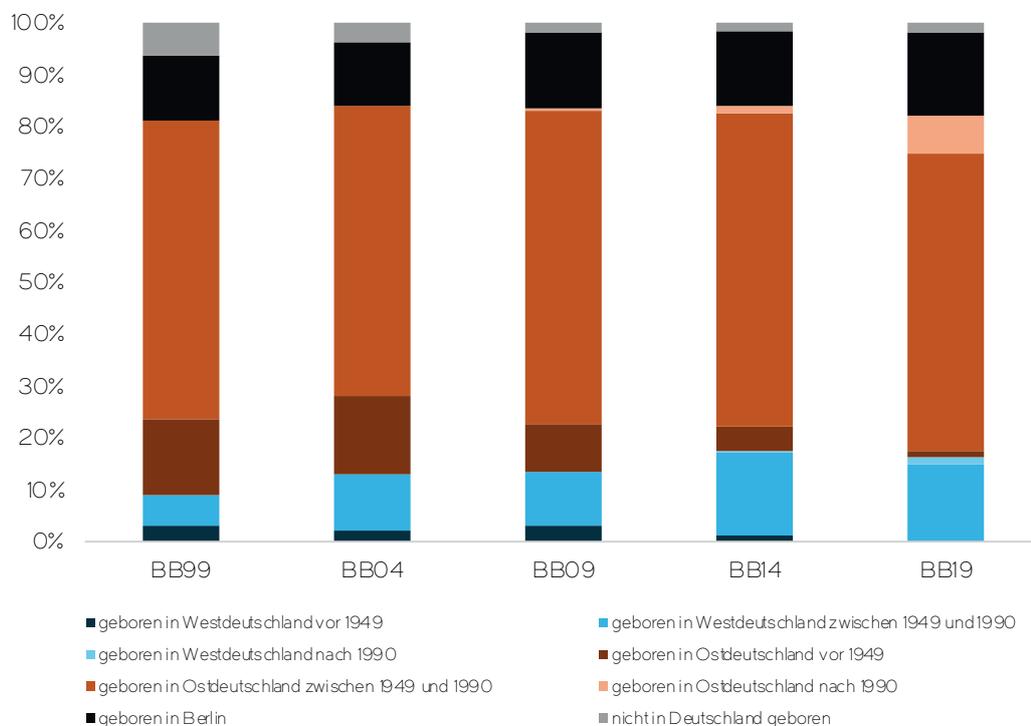
²⁸ Vgl. ders., a.a.O. (Fn. 13).

²⁹ Vgl. Olaf Michael Bluhm / Olaf Jacobs, Wer beherrscht den Osten? Ostdeutsche Eliten ein Vierteljahrhundert nach der deutschen Wiedervereinigung, Leipzig 2016, S. 3.

Viele Autoren in den 1990er Jahren nahmen, wie oben ausgeführt, an, dass sich diese „Kolonisierung“ der ostdeutschen Elitepositionen mit der Zeit „auswachsen“ werde. Entsprechend würde der Anteil von etwa 15 bis 20 Prozent in Westdeutschland geborener Bewerber den vorläufigen Endpunkt eines jahrelangen Rückzugs westdeutscher Eliten aus ostdeutschen Führungspositionen darstellen. Längsschnitt-Daten hierzu sind schwierig zu erheben. Allerdings lassen sich für Landtagswahlen in Brandenburg die Listen der Wahlbewerber bis 1999 zurückverfolgen, so dass zumindest die Entwicklung über zwei Jahrzehnte von 1999 bis 2019 betrachtet werden kann (siehe Abbildung 2). Dabei fällt besonders auf, dass der Anteil Westgeborener von 8,9 Prozent 1999 bis auf 17,3 Prozent 2014 ansteigt. Bei der Wahl 2019 sank er wieder leicht auf 16,3 Prozent. Dieser Befund widerspricht der Idee der sich auswachsenden „Kolonisierung“.

Eine Erklärung wäre, dass die aus den alten Bundesländern importierten politischen Eliten bis 1999 bereits durch eigene ostdeutsche Eliten ersetzt wurden. Ohne Erhebungen, die weiter zurückreichen, lässt sich dies aber nur vermuten. Der seit 1999 ansteigende Anteil der in Westdeutschland geborenen Bewerber bei Wahlen im Osten lässt sich womöglich am ehesten vor dem Hintergrund der Binnenwanderungsstatistik verstehen. Während die Wanderungsbewegungen von Ost nach West rückläufig sind, so dass der Saldo sich in den letzten Jahren gar umgedreht hat, bewegt sich die Zuwanderung aus den alten in die neuen Bundesländer seit 1995 konstant im Bereich von 90.000 bis 100.000 Personen jährlich.³⁰ Entsprechend stieg mit der Zeit auch der Anteil im Westen geborener Bürger auf dem Gebiet der ehemaligen DDR kontinuierlich an, was sich wiederum auch in den Kandidaturen niederschlägt.

Abbildung 2: Kandidaten bei Wahlen zum Brandenburger Landtag seit 1999 nach Geburtsregion in Ost- und Westdeutschland



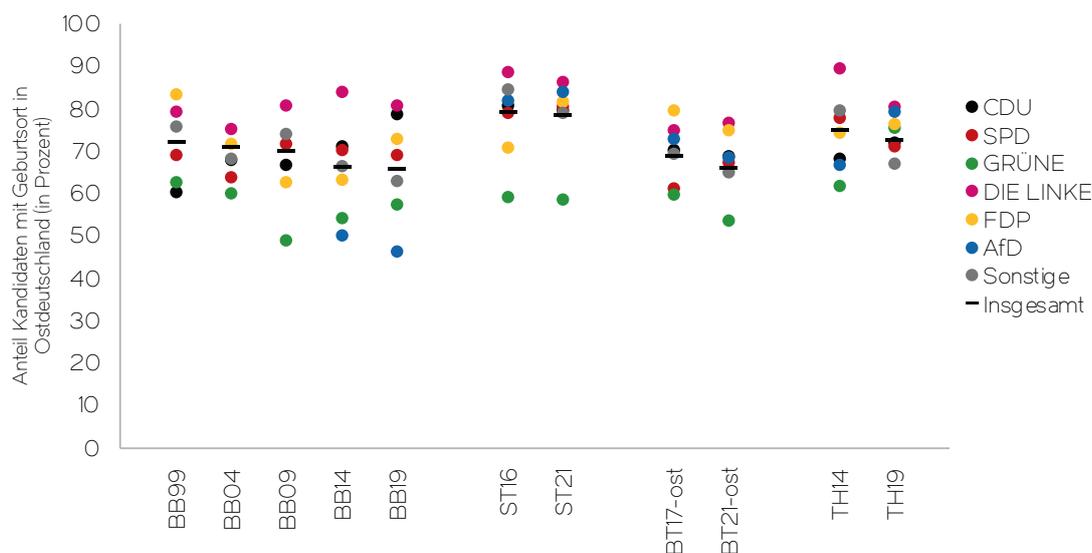
Anmerkung: Das CandiData-Projekt erhebt die Kandidaten zu allen Wahlen seit 2013. Für Brandenburg sind allerdings vollständige Kandidatenlisten für alle Landtagswahlen seit 1999 verfügbar. Daher wurden diese für diese Studie zusätzlich ausgewertet. Quelle: IParl-Projekt CandiData.

³⁰ Vgl. Statistisches Bundesamt, Bevölkerung und Demografie. Auszug aus dem Datenreport 2021, Bad Oeynhausen, S. 21.

Wer ist die wahre Ostpartei?

Die Partei DIE LINKE (ehemals PDS) wurde lange als ostdeutsche Regionalpartei gesehen, nicht zuletzt auch, weil sie das Erbe der SED antrat.³¹ Und auch die AfD versuchte in den Wahlkämpfen 2019, mit Slogans wie „Vollende die Wende“, „Wir sind das Volk“ und „Hol dir dein Land zurück“ explizit eine ostdeutsche Identität anzusprechen.³² Daher lässt sich annehmen, dass dieser Ost-Fokus sich auch im Kandidatenportfolio widerspiegelt.

Abbildung 3: Anteil der in Ostdeutschland geborenen Kandidaten bei Wahlen zu den Landesparlamenten und dem Bundestag nach Parteien



Quelle: IParl-Projekt CandiData.

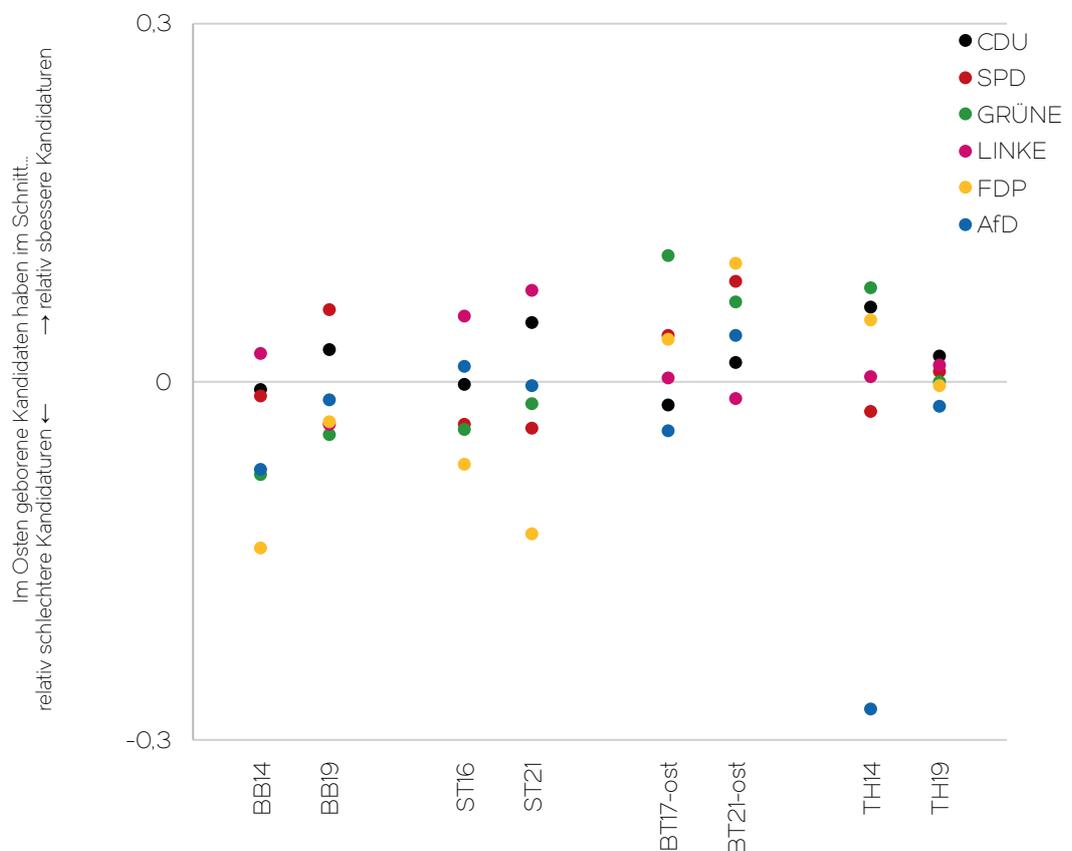
Abbildung 3 schlüsselt den Anteil der Ost-Kandidaten nach Parteien auf und zeichnet ein differenziertes Bild. Während die Linkspartei durchgängig bei fast allen Wahlen im Erhebungszeitraum die meisten im Osten geborenen Bewerber aufgestellt hat, ist dies für die AfD weniger eindeutig. In Brandenburg sind 2014 und 2019 nur knapp unter 50 Prozent der AfD-Bewerber im Osten geboren. So zog beispielsweise ihr Spitzenkandidat 2019, Andreas Kalbitz, Anfang der 2000er Jahre aus Bayern nach Brandenburg. Bei den Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt wurden überdurchschnittlich viele im Osten Geborene für die Partei nominiert (82 Prozent 2016 und 84 Prozent 2021). In Thüringen waren es 2014 unterdurchschnittlich (66,7 Prozent) und 2019 überdurchschnittlich viele (79,2 Prozent), und bei den Bundestagswahlen 2017 und 2021 lag der Anteil jeweils knapp über dem Durchschnitt (72,3 Prozent und 68,6 Prozent). Für die anderen Parteien lässt sich kein klarer Trend identifizieren. Lediglich die Grünen weisen durchgängig unterdurchschnittliche Anteile Ostgeborener auf.

³¹ Oskar Niedermayer / Richard Stöss, DDR-Regimewandel, Bürgerorientierungen und die Entwicklung des gesamtdeutschen Parteiensystems, in: Oskar Niedermayer / Richard Stöss (Hrsg.), Parteien und Wähler im Umbruch: Parteiensystem und Wählerverhalten in der ehemaligen DDR und den neuen Bundesländern, Wiesbaden 1994, S. 11 – 33; Tim Spier, Die Linke, in: Elmar Wiesendahl (Hrsg.), Parteien und soziale Ungleichheit, Wiesbaden 2017, S. 191 – 221; Hasko Hüning / Gero Neugebauer, Die PDS, in: Oskar Niedermayer (Hrsg.), Intermediäre Strukturen in Ostdeutschland, Wiesbaden 1996, S. 67 – 85.

³² Kai Arzheimer, Regionalvertretungswechsel von links nach rechts? Die Wahl der Alternative für Deutschland und der Linkspartei in Ost-West-Perspektive, in: Bernhard Weißels / Harald Schoen (Hrsg.), Wahlen und Wähler: Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 2017, Wiesbaden 2021, S. 61 – 80.

Der reine Anteil der Ostgeborenen sagt an sich noch nichts über ihre innerparteiliche Stellung aus. Theoretisch könnte ein Anteil von 90 Prozent auch bedeuten, dass diese Bewerber die hinteren 90 Prozent einer Liste besetzen und so allenfalls nachrangige Chancen auf politische Gestaltungsmacht im Parlament haben. Um dem Rechnung zu tragen, wurde jede Kandidatur gewichtet³³ und diese gewichteten Anteile zu den reinen Anteilen in Relation gesetzt (siehe Abbildung 4). Ein positiver Wert deutet darauf hin, dass im Osten geborene Bewerber vergleichsweise besser aufgestellt wurden, während ein negativer Wert anzeigt, dass im Osten geborene Bewerber vergleichsweise schlechter nominiert wurden.

Abbildung 4: Differenz zwischen dem gewichteten und ungewichteten Anteil in Ostdeutschland geborener Kandidaten bei Wahlen zu den Landtagen und dem Bundestag seit 2014 nach Parteien



Anmerkung: Dargestellt ist die Differenz zwischen gewichtetem und ungewichteten Anteil (dazu siehe Abbildung 3). Wenn eine Partei beispielsweise 60 Prozent Ostgeborene nominiert hat, die Ostgeborenen aber einen gewichteten Anteil von 80 Prozent ausmachen, so beträgt die Differenz 0.2. Dies wäre ein Hinweis, dass die im Osten Geborenen relativ aussichtsreichere Kandidaturen innehatten. Quelle: IParl-Projekt CandiData.

³³ Näheres zum Gewichtungsverfahren ist in Kürze hierzu zu finden: <https://www.iparl.de/de/forschung/candidata.html>. Zusammengefasst wurde für jede Kandidatur ein Wert entlang einer Kubikwurzelfunktion, die dem abnehmenden Grenznutzen von Kandidaturen Rechnung trägt, ermittelt. Wahlkreis- und Listenkandidaturen sind in diese Berechnung eingeflossen.

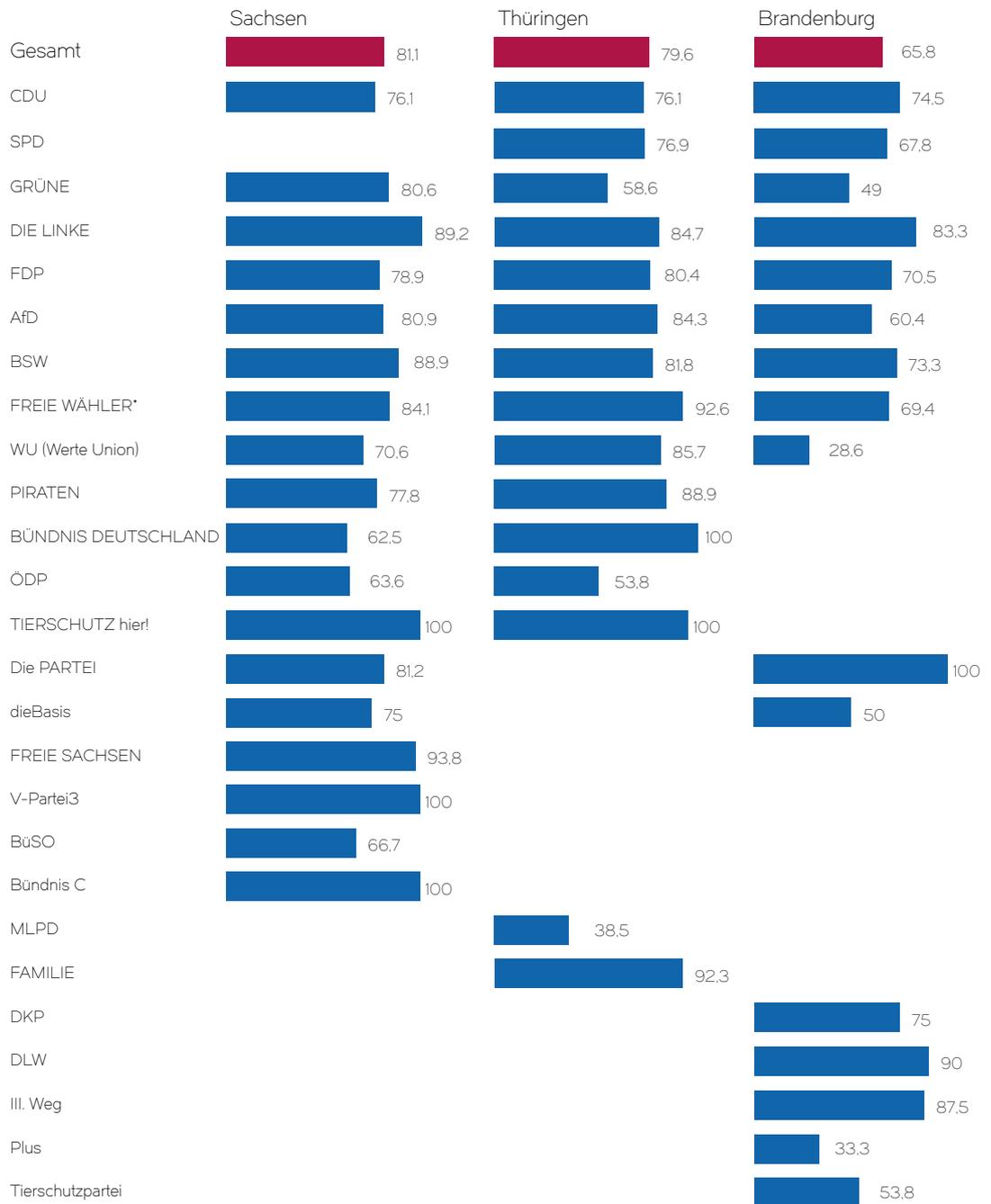
Die Befunde sind deutlich durchmischer als die in Abbildung 3 dargestellten. Bei der Linkspartei werden im Osten geborene Bewerber in Sachsen-Anhalt leicht besser aufgestellt. Bei der Landtagswahl 2021 betrug ihr Anteil beispielsweise 86,4 Prozent, und ihr gewichteter Anteil belief sich auf 94,0 Prozent, also eine Differenz von 7,6 Prozentpunkten. Bei den anderen Wahlen variieren ihre Werte mehr um die Nulllinie, so dass „ostdeutsch“ kein merklicher Nominierungsvor- oder nachteil war. Ähnliches gilt auch für CDU und SPD, die kaum starke Abweichungen nach oben oder unten aufweisen. Während bei der FDP in Brandenburg und Sachsen-Anhalt Ostgeborene leicht schlechter aufgestellt wurden, wurden sie bei Bundestagswahlen leicht bevorzugt. Dasselbe gilt auch für die Grünen. Auffällig ist ferner, dass für die AfD bei der thüringischen Landtagswahl 2014 in Ostdeutschland geborene Bewerber eher schlechtere Listenpositionen einnahmen. Die Differenz zwischen dem gewichteten und ungewichteten Anteil betrug ganze -27,5 Prozentpunkte (66,7 Prozent ungewichtet, 39,2 Prozent gewichtet). So waren beispielsweise die ersten beiden Listenplätze mit Björn Höcke aus Lünen (Nordrhein-Westfalen) und Oskar Helmerich aus Deggendorf (Bayern) besetzt. Auch weitere vordere Listenplätze hatten vornehmlich in Westdeutschland geborene Bewerber inne. Während sich bei der Partei DIE LINKE das Verständnis als Ostpartei auch im Kandidatenpool widerspiegelt, lässt sich dies über die AfD nur sehr eingeschränkt sagen.

2024: Die Wahlen in Brandenburg, Sachsen und Thüringen

Im September 2024 wurden die Landtage in Brandenburg, Sachsen und Thüringen gewählt. Mit Slogans wie „Der Osten machts“ in Thüringen setzte die AfD auch auf die Ostidentität als Werbemittel. Auch die Partei DIE LINKE plakatierte ihre Spitzenkandidatin Susanne Schaper mit dem Slogan „Sächsisch. Ostdeutsch. Links“. Wie die hier präsentierten Befunde zeigen, geht mit der Etikettierung als Ost-Partei nicht immer auch ein Kandidatenpool einher, der dies reflektiert.

Abbildung 5 stellt die Anteile der bei den Landtagswahlen antretenden Parteien gegenüber. Auffällig ist, dass in Thüringen, verglichen mit vorherigen Wahlen, durchschnittlich mehr Personen kandidieren, die im Osten geboren sind. Während es bei dieser Wahl im Schnitt 79,6 Prozent sind, waren es 2014 75,1 Prozent und 2019 72,7 Prozent. Für Sachsen liegen keine Vergleichszahlen vor. Bis auf die Grünen, für die in Thüringen 58,6 Prozent Ostgeborene antreten (und damit anteilmäßig weniger als 2019), liegen alle größeren Parteien mit Aussicht auf Einzug in den Landtag um diesen Schnitt herum. Etwas mehr Varianz gibt es unter den Kandidaten in Brandenburg. Während insgesamt mit 65,8 Prozent in etwa so viele Ostgeborene antreten, wie bei der letzten Wahl auch, schwankt der Anteil zwischen 49,0 Prozent bei den Grünen und 83,3 Prozent bei den Linken. Die AfD schneidet mit nur 60,4 Prozent eher unterdurchschnittlich ab. Die Partei DIE LINKE stellt in allen drei Ländern erneut den höchsten Ost-Anteil unter den etablierten Parteien. Während die AfD in Sachsen und Thüringen in ihrer Kampagne deutlich stärker auf die Ostidentität setzt und verglichen mit den zurückliegenden Wahlen vermehrt Ostkandidaten aufgestellt hat, wird in Brandenburg weniger deutlich auf dieses Thema gesetzt.

Abbildung 5: Anteil im Osten geborener Bewerber nach Parteien bei den Landtagswahlen 2024 in Sachsen und Thüringen



* In Brandenburg treten die Freien Wähler/BVB an. Sie sind kein Landesverband der FREIEN WÄHLER, kooperieren aber mit ihnen. Quelle: IParl-Projekt CandiData.

Insgesamt lässt sich anlässlich der drei Landtagswahlen konstatieren, dass das Personaltableau aller Parteien ostdeutscher geworden ist. Ob es sich hierbei um eine strategische Entscheidung der Parteien handelt, mit der sie sich selbst stärker als ostdeutsch „vermarkten“ wollen oder dies schlichtweg eine längerfristige demographische Entwicklung widerspiegelt, bleibt offen. Festzuhalten ist aber, dass Ostdeutsche, obwohl sie häufig eine Minderheit in Führungspositionen auch in Ostdeutschland darstellen, bei den Kandidaturen für Wahlen durchaus angemessene Berücksichtigung finden. Auch wenn populistische Parolen wie „Hol dir dein Land zurück!“ verfangen mögen, gehen sie an der Realität politischer Ämterbesetzung vorbei.

Autor



Daniel Hellmann ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Parlamentarismusforschung.

Diese Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung des Instituts für Parlamentarismusforschung dar. Für die inhaltlichen Aussagen tragen die Autorinnen und Autoren die Verantwortung.

DOI: 10.36206/BP2024.03

Herausgeber
iparl
Institut für
Parlamentarismus-
forschung

Mauerstraße 83/84
10117 Berlin
info@iparl.de
@i_parl

www.iparl.de



STIFTUNG
Eine Einrichtung der Wissenschaft &
Demokratie

